

Der falsche Weg



Angefeuert von christlichen Fundamentalisten versucht die US-Regierung unter Präsident Bush die Welt mit militärischer Gewalt zu demokratisieren. Sie würde besser die Armut bekämpfen.

JEFFREY SACHS

Am dritten Jahrestag der Angriffe vom 11. September möchte ich drei politische Lektionen ausführen, die wir seither gelernt haben. Die erste Lektion handelt von den Geteilten Staaten von Amerika, die zweite von der Militärmacht Amerikas und ihrer Bedeutung, und die dritte lautet: Wir können die Welt nur sicherer machen, indem wir die wahren Ursachen der globalen Instabilität bekämpfen: Armut und politische Konflikte.

1. Die Geteilten Staaten von Amerika

Seit den Präsidentschaftswahlen von 2000 wissen wir, dass die USA eine geteilte Nation sind. Aber erst seit der Antwort der Bush-Regierung auf 9/11 wissen wir, wie sehr das Land wirklich gespalten ist. Zwei Fehlinterpretationen Amerikas sind unter Ausländern besonders verbreitet: So glauben die einen, das ganze Land stehe hinter Präsident Bush. Viele Ausländer halten die amerikanische Öffentlichkeit für aggressiv, unilateralistisch und auf internationale Vorherrschaft erpicht. Die anderen meinen, die Bush-Regierung habe die Politik usurpiert und sei viel radikaler als die Bevölkerung. Das ist die Haltung vieler, die Präsident Bush verachten, aber die USA als Land mögen.

Die Wahrheit ist allerdings komplizierter. Die USA sind tief gespalten. Rund die Hälfte der Amerikaner verurteilen Bushs militaristische Politik, aber die andere Hälfte akzeptiert sie. Bush hat mit seiner Radikalität die Politik nicht unbedingt als Geisel genommen. Vielmehr vertritt er eine wesentliche Strömung in der öffentlichen Meinung, jedoch bei weitem nicht die Mehrheit des Volkes. Wohl die beunruhigendste Lektion nach 9/11 für Leute wie mich, welche die Politik des Präsidenten total ablehnen, ist die starke Unterstützung, die Bush in weiten Teilen des Landes genießt.

Als Bush Mitte 2002 für den Irak-Krieg zu werben begann, schockierte mich das Fehlen einer politischen Opposition in den USA. Wie so viele im Ausland hielt ich die Behauptung der Bush-Regierung, der Irak verfüge über Massenvernichtungswaffen, für absolut dünn und hochgespielt. Und ich dachte, die Unterstützung der Amerikaner für diesen Krieg sei nicht mit der Ideologie, sondern mit der Angst nach 9/11 zu erklären. Doch die Wahrheit ist komplizierter und verstörender.

Im letzten Jahr haben wir erfahren, wie die Regierung Geheimdienstinformationen manipulierte, wie sie Druck auf die CIA ausübte, wie sie Warnsignale vor 9/11 ignorierte und vom ersten Tag an Saddam Hussein eliminieren wollte. Wir haben erfahren, dass so ziemlich jede Behauptung der Bush-Regierung über Iraks Massen-

vernichtungswaffen falsch war. Und wir haben die katastrophale Nachkriegszeit im Irak miterlebt. Gleichzeitig aber mussten wir feststellen, dass rund die Hälfte aller Amerikaner konsequent Bush und den Irak-Krieg unterstützen. Das ist die wahre Neuigkeit.

Meinungsumfragen und Presseberichte zeigen, dass Bush den meisten Support von weissen evangelikalen Protestanten im Süden, im Mittleren Westen und im Südwesten erhält. Im Zentrum der Bush-Klientel stehen die fundamentalistischen Christen, die den Krieg in religiösen und kulturellen Kategorien betrachten. Woran glauben die Fundamentalisten? Der grösste Teil hält die Ereignisse im Nahen Osten für einen Kampf zwischen Gut und Böse, in welchem die gläubigen Christen über die Nichtchristen siegen werden. Millionen glauben an die so genannte Entrückung – die Gläubigen werden zu Christus entrückt, während über die Ungläubigen die Schrecken des Weltuntergangs kommen werden. Aus dieser religiösen Perspektive haben Beweisstücke wie Massenvernichtungswaffen keine Bedeutung mehr. Bush kämpft für die Sache der Christen.

Es ist beunruhigend, wie die christlichen Fundamentalisten einen wesentlichen Teil der Politik prägen, nicht nur die Militärpolitik, sondern auch andere Bereiche: Grundsätzlich stehen die Fundamentalisten der Biologie und den Umweltwissenschaften feindselig gegenüber. Erstaunliche 45 Prozent der Amerikaner glauben an eine Weltentstehungslehre, die auf der wörtlichen Interpretation der Bibel basiert – eine Welt, die nur ein paar tausend Jahre alt sein soll. Lediglich 12 Prozent glauben an Darwins Evolutionstheorie, der Rest hält sich an eine Mischform zwischen Evolution und göttlicher Lenkung. Vor die Wahl zwischen bibeltreuer Interpretation und Evolutionstheorie gestellt, würden sich 57 Prozent für die Bibel entscheiden.

Das ist der tiefe Graben, der sich nach 9/11 aufgetan hat. Die Kriegsgegner und die Gegner von Bushs Aussenpolitik haben heute oft das Gefühl, dass für die Hälfte aller Amerikaner, die sich mehr vom Glauben als von der Vernunft leiten lassen, konkrete Beweise ganz einfach keine Rolle spielen.

2. Imperiale Fantasien

Eine zweite Lektion nach 9/11 ist das komplette Scheitern der neokonservativen Theorien. Die Bush-Regierung sollte man als Koalition zwischen christlichen Fundamentalisten und neokonservativen Politikberatern ansehen. Die Neokonservativen möchten die amerikanische Militärmacht in eine globale Vorherrschaft ummün-

«Aus der religiösen Perspektive haben Beweisstücke wie Massenvernichtungswaffen keine Bedeutung.»

zen. Weil die USA militärisch unantastbar sind und Länder nach Belieben erobern können, so ihre Begründung, sollte diese überwältigende Militärmacht auch für politische Ziele genutzt werden, etwa für die Neuordnung des Nahen Ostens zu Gunsten amerikanischer Interessen oder zur Verhinderung der Verbreitung von Atomwaffen mittels Präventivkriegen. Aus Sicht der Neokonservativen war der Irak-Krieg ein Vorzeigeprojekt amerikanischer Macht.

Der Ansatz der Neokonservativen ist reine Fantasie. Sie haben kein Verständnis für die Grenzen militärischer Macht im Dienste politischer Zielsetzungen. Ihr Modell für den Irak war die Besetzung Deutschlands und Japans nach dem Zweiten Weltkrieg, als die amerikanische Besatzung diese ehemaligen Gegner in funktionierende Demokratien und Verbündete verwandelte. Im Irak planten die Neokonservativen dasselbe. All dies wäre nur lächerlich, wenn nicht so tödlich wäre. Die Neokonservativen haben einen wesentlichen Unterschied nicht begriffen: In Deutschland und Japan war die US-Besatzung legitim, denn sie war eine direkte Antwort auf die Angriffskriege der Achsenmächte. Im Irak dagegen folgte die Besatzung auf einen Aggressionskrieg der USA, dazu noch unter falschem Vorwand. Er war nie legitimiert, und entsprechend gab es auch nie wirklich Gelegenheit, den Irak nach amerikanischem Vorbild «neu zu formen».

Das sind keine nachträglichen Einsichten. Schon vor dem Krieg hatte ich den gleichen Standpunkt vertreten. Folgendes hatte ich zwei Wochen vor Kriegsbeginn in der Zeitschrift «The New Republic» geschrieben: «Konventionelle Bodentruppen können lokalen Widerstand oder einen Guerillakrieg nicht ohne Blutvergiessen und jahrelanges Leiden unterdrücken. Den Briten ist es jahrzehntelang nicht gelungen, die IRA zu zerschlagen. Die Militärmacht Israels wird mit dem palästinensischen Aufstand nicht fertig. Die USA hatten Opfer im Libanon und in Somalia zu beklagen und mussten sich zurückziehen. Und in Afghanistan haben sie Mühe, das Land ausserhalb Kabuls zu kontrollieren. Unter viel misslicheren Umständen wollen sich die USA nun in die Konflikte des Iraks stürzen, wo Tausende wütender junger Männer sich nur zu gerne mit den Besatzern anlegen werden. Und noch weniger kann eine Armee die Revolten in der islamischen Welt unterdrücken. Wenn wir uns mit einseitigen Aktionen neue Feinde schaffen, werden wir bald einer Intifada gegenüberstehen, die weit über Palästina und al-Kaida hinausreicht.»

Die Welt braucht ein erfolgreiches US-Imperium nicht zu fürchten. Dieses kann gar nicht erschaffen werden. Die USA repräsentieren lediglich fünf Prozent der Weltbevölkerung und etwa zwanzig Prozent der Weltwirtschaft. Die Welt drängt auch nicht auf die Führungsrolle eines US-Imperiums. Nach den Worten des Autors Jona-

than Schell leben wir heute in einer Welt, die «nicht zu erobern ist». Der Wunsch nach Selbstbestimmung überdauert selbst die mächtigsten Armeen.

3. Eine konstruktive Antwort

Die dritte Lektion lautet: Es gibt viel bessere Wege in die Zukunft als einseitige Militär-Interventionen. Globale Unsicherheiten haben verschiedene Ursachen, die nicht mit ausschliesslich militärischen Mitteln bekämpft werden können. Zu den grössten Problemen gehören die vielen verarmten, gescheiterten Staaten, die nicht mehr in der Lage sind, für das Wohlergehen und die Sicherheit ihrer Bürger zu sorgen und die häufig als Operationsbasis für Terroristen dienen. Eine Taskforce der CIA hat deutlich aufgezeigt, dass staatliche Strukturen in der Regel wegen Armutproblemen auseinanderfallen. Dennoch gehen die USA dieses Problem fast ausschliesslich militärisch an. Nötig wäre eine Strategie, die sich stärker an den Ursachen der Instabilität orientiert und mehr auf einen forcierten Ausbau der Entwicklungshilfe setzt.

Die reichen Länder haben sich wiederholt dazu verpflichtet, die armen Länder aus der Armut zu befreien. Ganz konkret haben sie versprochen, die Dritte Welt beim Erreichen der so genannten Millennium-Entwicklungsziele zu unterstützen und Armut, Hunger und Krankheit bis zum Jahr 2015 drastisch zu reduzieren. Trotz der Versprechen bleibt diese Hilfe weit hinter den Zielen zurück. Die USA beispielsweise zahlen jährlich nur 15 Milliarden Dollar an öf-

öffentlicher Entwicklungshilfe, geben aber 450 Milliarden pro Jahr für das Militär aus. Dieses rücksichtslose Ungleichgewicht ist der Hauptgrund für das Scheitern der amerikanischen Aussenpolitik.

Das Jahr 2005 könnte zu einem entscheidenden Jahr werden. Besonders Grossbritannien und Frankreich haben versprochen, die verstärkte Entwicklungshilfe zu einem Kernpunkt des G-8-Gipfels im kommenden Juli in Schottland zu machen. Falls Europa mit einer Stimme spricht, die versprochenen 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Entwicklungshilfe realisiert und die USA auffordert, dasselbe zu tun, dann wäre es noch nicht zu spät, die Amerikaner von ihrer desaströsen Weltpolitik zu befreien. Zwei Monate nach dem G-8-Gipfel wollen die Staats- und Regierungschefs an einem Uno-Treffen ihr Bekenntnis zu den Millennium-Entwicklungszielen erneuern. Entscheidend wird sein, dass die Welt bei dieser Gelegenheit einen spezifischen Aktionsplan formuliert, der die Realisierung der Entwicklungsziele weltweit garantiert und damit hilft, diese mit dem Bedürfnis nach Sicherheit in Einklang zu bringen. ■

Jeffrey D. Sachs, 49, ist Direktor des Earth Institute an der Universität Columbia in New York und Sonderberater für Entwicklungsfragen von Uno-Generalsekretär Kofi Annan.



Anti-Bush-Demo in New York: Die Wahrheit ist komplizierter.